

Gericht stoppt Adliswiler Bauprojekt

Das Verwaltungsgericht hat eine Beschwerde von zwei Stimmbürgern gutgeheissen, die sich gegen die Grossüberbauung des Adliswiler Stadthausareals wehren. Eine Immobilienfirma will auf dem Areal an der Sihl im Stadtzentrum 50 Millionen Franken investieren. Geplant sind Wohnhäuser, ein Hotel, Restaurants und Dienstleistungsbetriebe.

Der Gemeinderat hat dem Verkauf des Areals für 5,5 Millionen Franken 2015 zugestimmt. Die Rekurrenten bemängeln, dass der Kaufpreis rund 2 Millionen Franken unter dem Verkehrswert erfolgt ist. Der Stadtrat rechtfertigt den tieferen Kaufpreis mit Auflagen, die den Bauherren gemacht wurden. So sollen das Areal und das Sihlufer öffentlich zugänglich bleiben, und die Gebäude dürfen nicht höher als 35 Meter werden.

Für das Verwaltungsgericht wirken diese Auflagen zwar preissenkend. Allerdings müsse das Stadtparlament die Einnahmefälle in einem separaten Entscheid genehmigen, und der Entscheid muss dem fakultativen Referendum unterstehen. Deshalb weist das Gericht das Geschäft an den Stadtrat zurück. Er muss die Einnahmefälle jetzt schätzen und sie dann wie verlangt genehmigen lassen. Er könnte aber auch ans Bundesgericht gelangen. Der Baustart auf dem Areal wird sich dadurch weiter verzögern. Den Zuschlag für das Projekt hat die Firma 2011 erhalten. (sch)

Was der Kanton für die Integration tut

Im Kanton Zürich sind 26,3 Prozent der Wohnbevölkerung Ausländerinnen und Ausländer. In Schlieren sind es rekordhohe 46 Prozent, in Truttikon hingegen nur 5 Prozent. Die allermeisten kamen als Arbeitskräfte mit ihren Familien, lediglich 4 Prozent sind anerkannte oder vorläufig aufgenommene Flüchtlinge. Der Regierungsrat beurteilt die Integrationsarbeit im Kanton als erfolgreich, wie er gestern mitteilte. Er lässt deshalb auf das erste Integrationsprogramm, das von 2014 bis 2017 läuft, ein zweites folgen. Die Massnahmen sind vielfältig: Erstinformation für Neuzuzüger, Deutschförderung, Elternbildung, Frühförderung, interkulturelles Dolmetschen usw. Die kantonale Fachstelle für Integrationsfragen hat bisher mit 61 Gemeinden Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. So konnten mit kommunalen Angeboten 83 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung erreicht werden, bilanziert der Regierungsrat. Dabei habe sich gezeigt, dass die Massnahmen besser wirkten, wenn die Migrantinnen- und Migrantenvereine mit ihrer Erfahrung einbezogen würden. Diese Zusammenarbeit soll deshalb noch verstärkt werden. Bisher erhielt der Kanton Zürich vom Bund jährlich 6,4 Millionen Franken aus dem Integrationsförderkredit. Ab 2018 werden es 700 000 Franken weniger sein. (an)

Aufstand gegen SBB-Wohnungen

Heute wird in Zürich ein neuer Verein gegründet. Sein Ziel: Die SBB sollen ausschliesslich gemeinnützige Wohnungen bei einem Projekt im Kreis 5 bauen.

Patrice Siegrist

Das erste Transparent ist bereit. Auf einem weissen Tuch ist «100%» aufgepinselt, das Foto davon auf Facebook gepostet. Es ist die Forderung des Vereins Noigass: «100% gemeinnütziges Wohnen und Arbeiten auf dem Neugasseareal der SBB.» Heute trifft sich der Verein auf dem Zürcher Röntgenplatz zur Gründungsversammlung. Der Grund: Zwischen dem Viadukt und den sogenannten Sugus-Häusern planen die SBB im Stadtkreis 5 ein Wohnprojekt. Auf 30 000 Quadratmetern entstehen 900 Wohnungen. Ein Drittel davon soll gemeinnützig sein. Und eben dieses Drittel reicht dem Verein Noigass nicht. Er fordert, dass ausschliesslich gemeinnützige Wohnungen gebaut werden. «Die SBB konnten das Land vor über hundert Jahren günstig erstehen und mit der Eisenbahn ein grosses Werk für die Öffentlichkeit errichten. Heute soll der verbleibende Boden wieder der Gemeinschaft zukommen», schreiben die Initianten auf ihrer Vereinswebsite.

Hinter dem Verein stehen linke Stadtpolitiker, Quartierbewohner und Wohnungsschaffler. Im Vorstand ist beispielsweise Niklaus Scherr, der ehemalige langjährige AL-Gemeinderat. Im Gemeinderat weibelt AL-Politiker Walter Angst für das Anliegen. Angst erwartet morgen etwa 100 Personen. Bei Veranstaltungen zum Thema, die bereits stattgefunden haben, sei das Interesse gross gewesen, sagt er. Angst spricht von überfüllten Sälen, fast 200 Personen. «Es hat das Potenzial einer Bürgerbewegung, die gegen den Verdrängungsprozess in der Stadt kämpft», schwärmt er. Im Kreis 5 müssten Arme gehen, Reiche kämen, die Grundstückpreise stiegen, und die Vielfalt gehe verloren.

Stadt müsse besser verhandeln

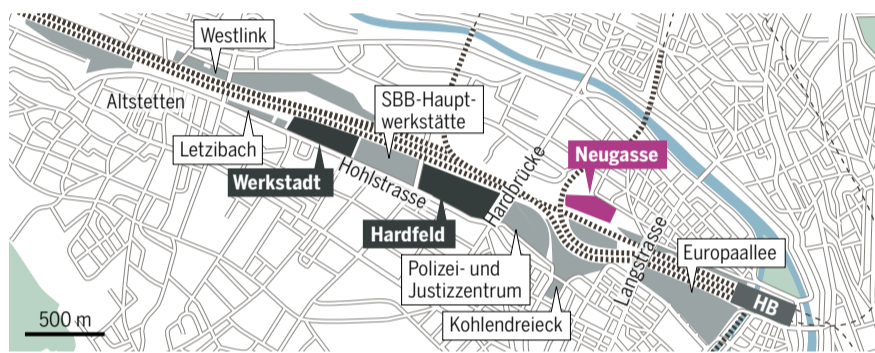
Der neue Verein ist das jüngste Resultat eines seit Jahren andauernden Streits zwischen der Zürcher Linken, den SBB und dem Stadtrat. Um die Jahrtausendwende haben die SBB mit der Umnutzung ihrer Areale begonnen, die sie nicht mehr für den Bahnbetrieb brauchen. Das prominenteste Beispiel ist die Europaallee, die sich auf 78 000 Quadratmetern vom Hauptbahnhof bis zur Langstrasse erstreckt. Der Vorwurf der Linken: Während die SBB die Flächen günstig gekauft haben, bauen sie heute auf den Arealen meist Renditeobjekte auf.

Der Bundesrat erwartet von den SBB, dass sie marktübliche Renditen mit ihren Immobilien erwirtschaften. Die linken Politiker wollen von der rot-grün dominierten Zürcher Stadtregierung hingegen, dass sie bei den Verhandlungen dagegenhält. Schliesslich hätten die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger deutlich Ja zur Initiative «Bezahlbare Wohnungen für Zürich» gesagt. Und bis 2040 muss ein Drittel aller Wohnungen gemeinnützig sein. Doch die Stadt ver-



Blick auf die SBB-Brache an der Neugasse im Kreis 5. Foto: Dominique Meienberg

Neugasse: Das SBB-Areal im Fokus



TA-Grafik mt / Quelle: SBB

handle schlecht, sagte kürzlich Walter Angst im Gemeinderat. Auch SP und Grüne stimmten in die Kritik ein.

Nur bei zwei Arealen seien Zugeständnisse gemacht worden, nachdem es politischen Widerstand gegeben hat: beim Areal Zollstrasse-West und beim Letzibach D. Die Rechnung der AL: Von neun SBB-Projekten, die im Bau sind oder bislang in Zürich realisiert wurden, sind nur bei zwei Projekten gemeinnützige Wohnungen geplant. 1131 Marktwohnungen stünden 298 gemeinnützigen gegenüber. Das entspricht einer Quote von rund 20 Prozent. Deshalb müssen die SBB auf dem Neugasseareal mehr gemeinnützige Wohnungen bauen, um die Versäumnisse zu kompensieren.

SP-Hochbauvorsteher André Odermatt, an den sich die Kritik richtete, wehrte sich im Gemeinderat. Die Stadt habe sehr hart verhandelt. Die SBB weisen stets auf den Renditeauftrag des Bundesrats, und dass jeweils gemeinnützige Wohnungen geprüft würden. Langfristig möchten sie 50 Prozent preisgünstige Wohnungen ermöglichen, teils im eigenen Portfolio, teils via Genossenschaften, sagte ein Sprecher der NZZ.

Die Wohnungen auf dem Neugasseareal sind Teil eines 1,8-Milliarden-Projekts der SBB. Zwischen 2017 und 2031 öffnen die SBB drei Areale, auf denen 140 000 Quadratmeter zur Verfügung stehen. SP-Stadtpäsidentin Corine Mauch liess bereits im letzten Jahr durchschimmern, dass die Vorstellungen von Stadt und SBB nicht dieselben sind: «Wir waren nicht immer derselben Meinung, es war ein hartes Ringen.»

AL will Mitspracherecht

Die SBB lancierten eine Onlineplattform, auf der sich das Quartier einbringen konnte. AL-Gemeinderat Walter Angst findet das eine schöne Idee. Doch diese Art der Partizipation reiche nicht: «Die wichtigen Grundsatzentscheide wurden von den Investoren und der Stadt hinter verschlossenen Türen gefällt.» Die Bürgerinnen und Bürger würden mitreden wollen, das sei auch der Grund, weshalb sie jetzt «revoltieren».

Das Neugasseareal wird das erste sein, das im Rahmen des Riesenprojekts umgenutzt wird. Gebaut wird ab 2020. Das ist zumindest der Plan. Der Gemeinderat muss noch darüber befinden.

Pendler mögen Miet-E-Bikes

Der neue Veloverleih Smide zählt seit April 20 000 Fahrten auf der «letzten Meile».

Beat Metzler

Im Mai 2018 soll er starten, Zürichs offizieller Veloverleih. Elf Jahre werden dann vergangen sein, seit SP und Grüne die Idee angekurbelt haben. Unter anderem verzögerten Rekurse das Projekt, das der Stadtrat am Mittwoch vorstellte. In der Zwischenzeit hat ein privates Bike-Sharing-System die Stadt überholt. Es heisst Smide, läuft über eine Handy-App und gehört der Mobiliar-Versicherung. Nach einer Testphase im letzten Herbst ist Smide am 10. April gestartet. 200 E-Bikes sind seither im Umlauf.

«Wir sind sehr zufrieden mit unserem Einstieg», sagt Smide-Sprecherin Susanne Häcki. Man habe bereits rund 6000 registrierte Nutzer. Seit dem Start führten diese gut 20 000 Fahrten durch, was etwa 270 pro Tag entspricht. Die Tendenz sei steigend. «Seit es richtig warm wird, hat das Bedürfnis nochmals zugenommen», sagt Häcki. Positiv bewertet sie den hohen Anteil Kunden, die das Angebot regelmässig nutzen.

Bei vielen von ihnen handelt es sich um Pendler. «Sie brauchen unser Velo für die letzte Meile», sagt Häcki. Das wirkt sich auf die Nachfrage aus. Der grösste Andrang herrscht morgens um 8 Uhr am Hauptbahnhof. «Dann kann es nicht genug Velos haben.»

Oft werden die Velos nicht dort stehen gelassen, wo die nächsten Nutzer sie brauchen - mit diesem Problem kämpfen fast alle Velo-Verleihsysteme. Bei Smide sammelt ein Team mit E-Bikes und Anhängern die Velos ein, um sie an gefragteren Orten wieder auszuladen. Die acht Mitarbeiter, die zum Integrationsprojekt «Züri rollt» gehören, reparieren ständig Schäden und laden Batterien auf. Vandalismus sei schon vorgekommen, allerdings in überschaubarem Ausmass, sagt Häcki. Auch einige kleinere Unfälle habe es schon gegeben.

Konkurrenz durch die Stadt

Das städtische Verleihsystem, das von der Postautotochter PubliBike betrieben wird, werde eine Konkurrenz für Smide darstellen, sagt Häcki. Es bestehen aber zwei Unterschiede: PubliBike setzt nur zur Hälfte auf E-Bikes. Und man muss die Velos an dafür vorgesehenen Stationen abstellen. Smide-Velos lassen sich dagegen überall auf Stadtgebiet parkieren. «So kann man direkt bis vors Büro fahren. Das ist ein Vorteil», sagt Häcki. Rentabel fahre Smide wegen der grossen Anfangsauslagen noch nicht.

Derzeit montieren die Smide-Mitarbeiter Handyhalter auf den Velogabeln. Dank ihnen lässt sich das Smartphone als Navigationsgerät einsetzen. Häcki: «Viele, die neu in Zürich Velo fahren, sind froh um diese Hilfe.» Ausserdem prüfe man, die Velos allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewisser Firmen zugänglich zu machen.

Anzeige

Wir bringen Sie unter die Palme.

Buchen Sie jetzt Ihre Karibik-Traumroute.

PREMIUM
ALLES INKLUSIVE
Ohne Aufpreis

- Über 100 Markengetränke
- Spitzengastronomie
- Service am Platz
- Geniessen rund um die Uhr
- Sauna und Fitness
- Entertainment
- Kinderbetreuung

KARIBIK
Mein Schiff 3
November 2017 bis März 2018
14 Nächte, Balkonkabine
ab **CHF 2058.-***



Mehr im Reisebüro, unter +49 40 600 01-5111 und auf www.tuicruises.com

* Flex-Preis (limitiertes Kontingent) p. P. bei 2er-Belegung einer Balkonkabine ab/bis Hafen. An-/Abreise nach Verfügbarkeit zubuchbar. Der angegebene Preis in Schweizer Franken (CHF) ist ein Referenzpreis. Er beruht auf dem Wechselkurs von EUR zu CHF 1,09 (Stand 14.06.2017). Der tatsächlich zu bezahlende Preis in CHF hängt vom jeweiligen Tageswechsellkurs der Banken sowie eventuell anfallenden Gebühren ab. | TUI Cruises GmbH · Anckermannsplatz 1 · 20537 Hamburg · Deutschland

TUI Cruises